

Festveranstaltung

**Verleihung des
Menschenrechtspreises 2002
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an die
**Israelisch-Palästinensische
Koalition für den Frieden**

am Freitag,
dem 17. Mai 2002

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
Referat Entwicklungspolitik
Godesberger Allee 149
53170 Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktion: Anja Bengelstorff
Koordination: Peter Schlaffer
Layout: Pellens Kommunikationsdesign, Bonn
Titelfoto: ap
Fotos: Helga Simon (Berlin), Joachim Liebe (Berlin)
Druck: Toennes Satz und Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2002

Inhalt

Vorwort	9
 Einführungsrede Holger Börner Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung	 13
 Laudatio Joschka Fischer Bundesminister des Auswärtigen	 19
 Redebeiträge der Preisträger	
Dr. Yossi Beilin	25
Ghazi Hanania	31
Frau Prof. Yael Tamir	34
 Teilnehmerliste	 37
 Pressespiegel	 39

**Human Rights Award 2002
of the
Friedrich-Ebert-Stiftung**

AP



INVITATION



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden

Die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden (IPPC) setzt sich zusammen aus israelischen und palästinensischen Politikern, Akademikern, aktiven Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Persönlichkeiten aus dem Kulturleben. So gehören ihr beispielsweise führende Vertreter der Friedensbewegung an wie etwa der frühere israelische Justizminister Yossi Beilin oder der Oppositionsführer in der Knesset Yossi Sarid; auf palästinensischer Seite der Minister für Information und Kultur, Yasser Abbed Rabbo und der Chefunterhändler Saeb Erekat.

Die IPPC setzt sich ein für das Prinzip einer Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967, bei der Israel und Palästina nebeneinander bestehen mit der jeweiligen Hauptstadt in Jerusalem. Ihr gemeinsames Anliegen ist ein Friedensprozess als Alternative zu Terror und Gewalt: „Es ist unsere Überzeugung, dass nur ein ausgehandelter Friedensprozess und das Ende der Besatzung in der Lage sind, die Interessen unserer jeweiligen Gesellschaften sowie ihre Selbstachtung und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Neben ihren öffentlichen Aktionen zum Protest gegen Gewalt und Besatzung in ihren jeweiligen Gesellschaften hat sich die IPPC mit verschiedenen namhaften internationalen Persönlichkeiten wie dem südafrikanischen Präsident Mbeki sowie den Außenministern Fischer, Straw, Iwanow, Michel und dem Hohen Vertreter der EU Solana getroffen, um sich auf internationaler Ebene aktiv für die Unterstützung einer friedlichen Lösung einzusetzen.



Festveranstaltung

**Verleihung des
Menschenrechtspreises 2002*
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

an die
***Israelisch-Palästinensische Koalition
für den Frieden***

durch
Holger Börner
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
Ministerpräsident a.D.

Laudatio
Joschka Fischer MdB
Bundesminister des Auswärtigen

Kurze Ansprachen der
Preisträger

**Freitag,
17. Mai 2002
um 11:30 Uhr**

im
**großen Saal
der Friedrich-Ebert-Stiftung**
Hiroshimastraße 17
D - 10785 Berlin

** Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung
wird aus dem Feist-Fonds vergeben, dem Nachlass
des Ehepaars Karl und Ida Feist / Hamburg.*



Holger Börner, Joschka Fischer

Vorwort

Zwischen dem ersten Treffen der Friedenskoalition in der Nähe des Grenzkontrollpunktes A-Ram bei Jerusalem und der Verleihung des Menschenrechtspreises 2002 der Friedrich-Ebert-Stiftung liegt ein einziges Jahr. Aber die Geschichte ihres Engagements ist viel länger.

Seit Jahren kämpfen viele Mitglieder der Friedenskoalition, darunter namhafte Israelis und Palästinenser aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Nichtregierungsorganisationen, in ihren jeweiligen Gesellschaften für Verständigung und Frieden. Trotzdem nahm die Gewalt zu, Hoffnungslosigkeit und Entfremdung zwischen den Völkern wuchsen. Die Einsicht, dass sowohl ein Partner als auch ein Plan für den Frieden vorhanden sind, dass es einen anderen Weg als Hass und Rache gibt, führte engagierte Vertreter beider Völker zusammen: zur Israelisch-Palästinensischen Koalition für den Frieden (IPPC).

„Wir sind davon überzeugt, dass sich nationale Eigeninteressen, moralische Integrität und Menschenrechte der israelischen und palästinensischen Gesellschaft nicht durch Gewalt, sondern nur durch Friedensverhandlungen und das Ende der Besatzung verwirklichen lassen.“

Die in israelischen und palästinensischen Medien veröffentlichte Erklärung fand ein breites Echo. Weitere Treffen und Reaktionen folgten. Im Dezember 2001 versammelten sich zu beiden Seiten des Grenzkontrollpunktes Kalandia bei Jerusalem Menschen unter freiem Himmel. Gleichzeitig unterzeichneten tausende einen gemeinsamen Friedensaufruf.

Die Gruppe will die Stimme für Hoffnung, Menschlichkeit und Vernunft sein. Frieden ist das Ziel, Dialog das Mittel. Öffentliche Demonstrationen gegen Gewalt und für eine Aussöh-

„Wir sind davon überzeugt, dass sich nationale Eigeninteressen, moralische Integrität und Menschenrechte der israelischen und palästinensischen Gesellschaft nicht durch Gewalt, sondern nur durch Friedensverhandlungen und das Ende der Besatzung verwirklichen lassen.“

nung sind Ausdruck dafür. Die IPPC setzt auf eine Lösung durch zwei Staaten für zwei Völker, basierend auf den Grenzen von 1967, und Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten.

Die Initiative, die nicht auf Hilfe von außen warten will, findet auch international immer mehr Sympathien und Unterstützer: Gespräche fanden statt mit den europäischen Außenministern Fischer, Ivanow, Straw und Michel sowie dem außenpolitischen Repräsentanten der EU, Solana; Südafrikas Präsident Thabo Mbeki startete eine Nahost-Initiative und war für drei Tage Gastgeber und Moderator für Friedensgespräche der Koalition.

Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten für den Prozess der Verständigung zwischen beiden Völkern. Der Menschenrechtspreis 2002 soll einen Beitrag dazu leisten, indem er diejenigen unterstützt, die sich aktiv für Frieden und Menschenrechte einsetzen. Dabei soll nicht unbedingt der spektakuläre Erfolg, sondern vor allem die beharrliche Arbeit der Preisträger gewürdigt werden. Gleichzeitig, so betonte Holger Börner in seiner Einführungsrede, sei der Menschenrechtspreis auch ein Tadel und Appell an diejenigen, die Terror gegen die Zivilbevölkerung üben, zur Anwendung von Gewalt aufrufen und sich einem Dialog verwehren.

IPPC

Israeli Palestinian Peace Coalition –

Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden

„**No to bloodshed, no to occupation. Yes to negotiations, yes to peace.** Diese Botschaft einer Gruppe von Israelis und Palästinensern im Mai 2001 war ein Signal.“

„No to bloodshed, no to occupation. Yes to negotiations, yes to peace.“ Diese Botschaft einer Gruppe von Israelis und Palästinensern im Mai 2001 war ein Signal. Die gemeinsame Erklärung erschien in israelischen und palästinensischen Medien und fand breite Beachtung, sowohl bei beiden Völkern als auch international. Immer

mehr Unterstützer schlossen sich an. Politiker, Akademiker, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Kulturschaffende beider Seiten gehören heute zur Israelisch-Palästinensischen Koalition für den Frieden.

Zu ihrem ersten Treffen zusammengeführt hatte sie die Überzeugung, dass es eine Alternative zu Terror und Krieg im Nahen Osten gibt – aber vor allem, dass man einander selbst der wichtigste Verbündete im Kampf um den Frieden ist.

Das Bündnis steht – ungeachtet der zur Zeit verhärteten Fronten – für eine friedliche Beilegung des Konflikts, eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und für Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten. Mit politischer Friedenserziehung und öffentlichen Aktionen gegen Gewalt und für den Frieden will IPPC mobilisieren und ein Umdenken bei beiden Völkern bewirken.

Auch wenn die Koalition befürwortet, dass sich die internationale Gemeinschaft beim Friedensprozess engagiert, bleibt doch klar: Auf Unterstützung von außen wollen die Mitglieder nicht warten. Für sie liegt die Macht, den Kreislauf von Hass und Gewalt zu durchbrechen, in ihren eigenen Händen.

Repräsentanten der IPPC sind etwa auf israelischer Seite Gründungsmitglieder der Friedensbewegung Peace now wie Yossi Beilin (Justizminister im Kabinett Barak), Yael Tamir (Ministerin für Einwanderung im Kabinett Barak); auf palästinensischer Seite Ghazi Hanania (stellvertretender Parlamentspräsident) und Hanan Ashrawi, die wohl bekannteste palästinensische Friedensaktivistin.

Wie harmonisch Israelis und Palästinenser zusammen klingen können, bewies das Klavierduett des palästinensischen Pianisten Saleem Abboud Ashkar und des israelischen Pianisten Shai Vosner. Der aus Israel stammende Dirigent Daniel Barenboim hatte mehrmals mit ihnen gearbeitet und sie für die Festveranstaltung empfohlen, auf der die beiden gemeinsam eine Mozartsonate und Ravels „La valse“ spielten. Die Harmonie des musikalischen Rahmens veranlasste Yael Tamir zu der Vermu-



„Mit Mozart auf dem Weg zum Frieden“

tung, „vielleicht können Israelis und Palästinenser nur so wunderschön zusammen spielen, wenn Europäer die Musik dazu schreiben“, und forderte Außenminister Fischer dazu auf, „es Mozart nachzutun und uns den richtigen Ton vorzugeben.“

Das Hamburger Ehepaar Karl und Ida Feist hat den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Leben gerufen, um die mühsame und ausdauernde Basisarbeit für Menschenrechte, Menschenwürde und Frieden zu ehren – auch wenn sie abseits der allgemeinen Aufmerksamkeit stattfindet. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Die bisherigen Preisträger waren der Marie-Schlei-Verein (1994), die polnische Professorin Ewa Łętowska (1995), der heutige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo (1996), der bosnische Pater Petar Anđelović (1997), der algerische Journalist Omar Belhouichet (1998), Kailash Satyarthi, Koordinator des „Weltweiten Marsches gegen Kinderarbeit“ aus Indien (1999), der Verband des Komitees der Soldatenmütter Russlands (2000) und die serbische Widerstandsbewegung OTPOR (2001).

Einführungsrede

Holger Börner

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Herr Bundesminister, lieber Herr Fischer, Exzellenzen, liebe israelische und palästinensische Gäste, meine Damen und Herren, liebe Freunde,

im Namen unseres Vorstands begrüße ich Sie zur heutigen Verleihung des Menschenrechtspreises 2002 unserer Stiftung.

Wir hörten soeben den ersten Satz einer Mozartsonate für zwei Klaviere, gespielt von dem palästinensischen Pianisten Saleem Abboud Ashkar aus Berlin und dem israelischen Pianisten Shai Vosner, der aus New York zu uns gekommen ist. Dass diese beiden jungen Künstler die musikalische Umrahmung dieser besonderen Veranstaltung gestalten, soll die Bedeutung unterstreichen, die dem Thema zukommt. Am Schluss werden wir die beiden nochmals gemeinsam hören.

Es ist mir eine besondere Freude, Sie, sehr verehrter Herr Außenminister, bei uns zu begrüßen. Sie sind ein engagierter



Holger Börner



Vertreter nicht nur unseres Landes, sondern Europas im Ringen um eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts. Kaum ein europäischer Politiker genießt auf beiden Seiten ein solches Vertrauen, wie es Ihrer Person und Politik entgegengebracht wird.

Den diesjährigen Menschenrechtspreis unserer Stiftung erhält die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden. Als ihre Mitbegründer und Repräsentanten möchten wir heute mit großem Respekt besonders herzlich begrüßen:

Für die israelische Delegation Herrn Dr. Yossi Beilin, ehemaliger Justizminister, und Frau Prof. Yael Tamir, Leiterin des Rabin Institute für Israel-Studien. Für die palästinensische Delegation Herrn Dr. Ghazi Hanania, stellvertretender Sprecher des palästinensischen Parlaments, und Herrn Ghassan Khatib, Direktor des Jerusalem Media and Communication Center.

Wir wissen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass Sie in dieser schwierigen Zeit heute bei uns sind. Ihre Arbeit ist gerade in diesen bitteren Stunden einer immer neuen Eskalation von Terror und Gewalt von besonderer Bedeutung und Dringlichkeit. Auch wenn die Hoffnung auf Frieden zutiefst erschüttert ist, darf der Versuch des Brückenschlags nicht abbrechen.

Die Friedenskoalition aus Politikern, Vertretern aus Wissenschaft und Kultur sowie aus Nichtregierungsorganisationen beider Seiten ist als Plattform entstanden, um Ansätze für friedliche Lösungen zu suchen. Grenzüberschreitende Dialoge und Solidarität für beide Seiten ist deshalb in diesen Tagen besonders wichtig, um ein Klima des Vertrauens entstehen zu lassen, ohne das es keinen Frieden geben wird.

„Die Friedenskoalition aus Vertretern beider Seiten ist als Plattform entstanden, um Ansätze für friedliche Lösungen zu suchen.“

Meine Damen und Herren, liebe Anwesende, durch Ihr Kommen heute unterstreichen Sie nicht nur Ihr Interesse für den Menschenrechtspreis, die Arbeit der Stiftung sowie die Persönlichkeiten und das Wirken der Preisträger, sondern Sie bringen auch Solidarität zum Ausdruck für beide Seiten, verbunden mit dem Wunsch nach Verständigung. Die heutige Preisverleihung an die Friedenskoalition soll deshalb besonders unter dem Zeichen stehen, dass konstruktive Friedensbemühungen niemals einseitig zum Erfolg führen können, sondern sich nur aus einem Dialog und gegenseitiger Verständigung entwickeln können. Das bestimmt auch die Stiftungsarbeit in Israel und in den palästinensischen Autonomiegebieten.

Meine Damen und Herren, mit der heutigen Preisverleihung versucht unsere Stiftung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen kleinen Beitrag zu den vielfältigen Bemühungen für eine Verständigung der Konfliktparteien zu leisten. Wir sehen uns hier in der Tradition Willy Brandts, der wie kaum ein anderer weltweit für die Werte von Frieden, Gerechtigkeit und Ausgleich stand.

Mit dem Menschenrechtspreis sollen – nach dem Vermächtnis der Stiftung – nicht nur diejenigen geehrt werden, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzten, sondern es soll auch ein Tadel ausgesprochen werden. In diesem Sinne richtet sich unser Appell heute gegen diejenigen, die Terror gegen die Zivilbevölkerung üben und zur Anwendung von Gewalt aufrufen, gegen extremistische Strömungen auf beiden Seiten, die

sich einem Dialog verwehren, und nicht zuletzt gegen beschämende Vorgänge in Deutschland und anderswo in der Welt, die sich gegen religiöse Einrichtungen und Menschen richten, die sie besuchen.

Die heutige Preisverleihung ist die neunte in der Geschichte des Menschenrechtspreises unserer Stiftung. Nach dem Vermächtnis des Hamburger Ehepaares Karl und Ida Feist sollen damit weniger der spektakuläre Erfolg ausgezeichnet werden als vielmehr die mühsame und beharrliche Grundlagenarbeit für Menschenrechte, Frieden, Versöhnung und die Verhinderung von Gewalt. Wir verleihen den Preis als Zeichen der Solidarität, aber auch im Wissen um Mitverantwortung und notwendige Unterstützung für das Bemühen um eine friedliche Beilegung des Konflikts.

Wir sind davon überzeugt, dass nur durch einen politischen Friedensprozess ein soziales Klima geschaffen werden kann, in dem die Einhaltung der Menschenrechte und der Menschenwürde gewährleistet ist, und dass nur ein dauerhafter Friede die Grundlage zu einer Versöhnung der Völker bilden kann.

Liebe Mitglieder der Friedenskoalition, wir sehen hier in Deutschland mit großem Respekt auf Ihre Arbeit und Ihre Bemühungen. Wir wissen, dass Sie gegenwärtig auf beiden Seiten in der Minderheit sind. Aber Ihr Einsatz in schwieriger Lage birgt die Hoffnung auf eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts. Ich freue mich daher, Ihnen den Menschenrechtspreis unserer Stiftung überreichen zu können.

In der Urkunde heißt es dazu: „Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung 2002 wird verliehen an die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden in Anerkennung und Würdigung ihres Vertrauens in einen Partner und einen Plan für den Frieden ungeachtet der Eskalation der Gewalt, ihrer öffentlichen Auftritte gegen Gewalt und Besatzung und für den Frieden, ihres Engagements zur

„ Wir wissen, dass Sie gegenwärtig auf beiden Seiten in der Minderheit sind. Aber Ihr Einsatz in schwieriger Lage birgt die Hoffnung auf eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts. “

URKUNDE

Der Menschenrechtspreis 2002

The Human Rights Award 2002

der Friedrich-Ebert-Stiftung

of the Friedrich-Ebert-Stiftung

wird verliehen an die

is conferred on the

Israelisch-Palästinensische Koalition

Israeli-Palestinian Coalition

für den Frieden

for Peace (IPPC)

in Anerkennung und Würdigung

in order to acknowledge and honour the IPPC's

- ihres Vertrauens in einen Partner und einen Plan für den Frieden –
trust in a partner and in a plan for peace
ungeachtet der Eskalation der Gewalt,
against the backdrop of escalating violence,
- ihrer öffentlichen Auftritte gegen Gewalt und Besatzung und für den Frieden,
public actions to oppose violence and occupation and promote peace,
- ihres Engagements zur Mobilisierung der jeweiligen Öffentlichkeiten
commitment to mobilizing the respective publics
und ihres Eintretens für einen Bewusstseinswandel,
and working for a change in attitudes,
- ihres gezielten Einsatzes zum aktiven Aufbau von Unterstützung auch auf
engagement in actively building
internationaler Ebene.
international support.

Berlin, 17. Mai 2002

Berlin, 17 May 2002



Vorsitzender

President

Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wird aus dem von ihr verwalteten Feist-Fonds in

The Human Rights Award of the Friedrich-Ebert-Stiftung is funded by the Feist Fund,

Erfüllung des Vermächnisses von Karl und Ida Feist vergeben.

fulfilling the legacy of Karl and Ida Feist.

Mobilisierung der jeweiligen Öffentlichkeiten und ihres Eintretens für einen Bewusstseinswandel, ihres gezielten Einsatzes zum aktiven Aufbau von Unterstützung auch auf internationaler Ebene.“

Ich gratuliere Ihnen im Namen unserer Stiftung. Ihnen und allen Mitgliedern der Friedenskoalition danke ich für Ihre Arbeit. Ich wünsche Ihnen und Ihren Völkern Frieden – Shalom – Salam.



Beilin, Hanania, Fischer



Tamir, Beilin, Hanania, Börner

Laudatio

Joschka Fischer

Bundesminister des Auswärtigen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident a. D., lieber Holger Börner, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Preisträger, meine Damen und Herren,

die Bundesregierung sieht – gemeinsam mit ihren Partnern in der EU, den USA und in Russland und mit vielen, vielen Menschen in Deutschland – die Situation im Nahen Osten mit tiefer Sorge und großer Betroffenheit. Einer Sorge, die auch in der Nähe Europas zu diesem Konflikt begründet liegt. Diese Sorge nimmt uns aber nicht den Willen und die Kraft, weiter für den Frieden zu arbeiten.

Trotz und gerade wegen der gegenwärtigen Zuspitzung ist es notwendig, den Blick in die Zukunft zu richten: Die einzig akzeptable Option ist ein Naher Osten mit zwei Staaten, Israel und Palästina, die friedlich und in gesicherten Grenzen miteinander leben. Es gibt viele Umwege dorthin, sicher auch viele Irrwege, aber letzten Endes gibt es keine andere Option, die politisch wünschenswert, durchsetzbar und dauerhaft sein kann.

Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass diejenigen, die es trotz der Zuspitzung der Gewalt nicht aufgegeben haben, für einen solchen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen beiden Völkern einzutreten, heute mit dem Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet werden. Ich gratuliere den Preisträgern sehr herzlich. Ich gratuliere auch der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Wahl der Preisträger, denn angesichts des täglichen Leids und der vielen sinnlosen Opfer erfordert es wirklich Kraft und Mut, den breiten Graben zwi-

„Die einzig akzeptable Option ist ein Naher Osten mit zwei Staaten, Israel und Palästina, die friedlich und in gesicherten Grenzen miteinander leben.“



schen Israelis und Palästinensern zu überbrücken und dafür auch öffentlich einzutreten.

Die beiden Pianisten haben uns eben eindrucksvoll gezeigt, wie wundervoll Israelis und Palästinenser harmonieren können – wenn das auch im täglichen Leben im Nahen Osten gelänge, würde wohl ein Traum für uns alle wahr.

Allerdings ist der Vertrauensverlust zwischen beiden Völkern und ihren Führungen nahezu vollständig. Das ist einer der Gründe, warum ein solches, von Vertrauen und einem starken Willen getragenes Engagement notwendiger ist denn je. Für diese Entschlossenheit zum Frieden setzt die Israelisch-Palästinensische Friedenskoalition ein bewundernswertes Zeichen. Sie zeichnet sich aus durch die Zuversicht, dass Frieden möglich ist, aber ebenso durch die Bereitschaft, sich gemeinsam der Wahrheit zu stellen – dies als bewusste Alternative zu zwei getrennten Wahrnehmungen, einer israelischen und einer paläs-

tinensischen, die sich kaum mehr berühren und das Leid und die Opfer des jeweils anderen kaum noch zur Kenntnis nehmen. Ich habe die Friedenskoalition deshalb im Februar dieses Jahres besucht. Ich halte die Unterstützung ihrer Ziele und ihrer Mitglieder auch in der heutigen Situation nach wie vor für einen Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die Arbeit der Friedensgruppen in Barcelona ausdrücklich gewürdigt.

„Ich halte die Unterstützung der Ziele der Friedenskoalition nach wie vor für einen Schlüssel zum Frieden im Nahen Osten.“

Zwei Staaten, ein Frieden – über dieses Ziel gibt es einen breiten Konsens, gerade zwischen Europa und den USA. Wir unterstützen voll die Vision, die Präsident George W. Bush vor der Generalversammlung der UN und erneut in seiner wichtigen Rede im April skizziert hat. Die Vision zweier Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit.

Wir begrüßen auch die Initiative des saudi-arabischen Kronprinzen Abdallah, die auf dem Gipfel der Arabischen Liga in Beirut von allen arabischen Staaten bestätigt wurde. Diese Initiative ist ein Signal an Israel, dass die arabischen Staaten bereit sind zu gutnachbarlichen Beziehungen und zur Berücksichtigung des fundamentalen Interesses Israels im Rahmen einer Verhandlungslösung.

Nach der neuerlichen Eskalation der Gewalt seit den Ostertagen kommt nun doch wieder Bewegung in den politischen Prozess. Dennoch scheinen die Konfliktparteien heute zu einer Lösung aus eigener Kraft kaum in der Lage. Es kommt deshalb darauf an, einen stufenweisen Prozess zu beginnen, der folgende wesentliche Elemente verbindet: eine klare Definition des politischen Ziels des Prozesses: zwei Staaten – Israel und Palästina; eine Wegskizze für die einzelnen Schritte zu diesem Ziel; einen verbindlichen Zeitplan und eine „dritte Partei“, die die Umsetzung der Schritte absichert und garantiert.

Dieser letzte Punkt ist von zentraler Bedeutung. Ohne ein aktives Engagement der USA – das wissen wir alle – wird sich



Joschka Fischer

im Nahen Osten nichts zum Besseren wandeln. Aber auch die USA allein sind bei allem Krafteinsatz bei der Lösung des Konflikts bislang nicht erfolgreich gewesen. Diese Erkenntnis hat ein „Quartett“ aus USA, EU, Russland und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen entstehen lassen und ist auch Grundlage der sehr engen transatlantischen Zusammenarbeit in der Region.

Das Quartett kann die geeignete internationale Garantie-macht sein, um die notwendigen starken Selbstverpflichtungen beider Seiten zu überwachen. Dazu gehört: gegenseitige Anerkennung des Existenzrechts; das Abschwören aller Gewalt; Beendigung des Terrors; konsequente Verfolgung aller Terroristen; Ende der Hasspropaganda – um nur die wichtigsten zu nennen.

Diese Selbstverpflichtungen müssen Teil der Beschlüsse einer internationalen Konferenz sein, wie sie in diesen Wochen diskutiert wird. Viele Einzelheiten mögen noch offen sein. Wir sind mit unseren EU-Partnern und den USA in intensivem Kontakt, dass diese Konferenz ein Erfolg wird. Auch meine Reise Ende dieses Monats nach Israel und in die palästinensischen Gebiete dient diesem Ziel.

Am Ende muss auch die volle Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten stehen – wie in der saudi-arabischen Initiative vorgesehen. Darauf werden Europäer und Amerikaner, ausgehend von dem jetzt notwendigen Waffenstillstand, gemeinsam hinarbeiten. Ohne einen klaren Zeithorizont und feste internationale Garantien wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Solange es aber nicht erreicht wird, bleibt Israels Existenz prekär. Daran können, ja dürfen wir alle kein Interesse haben. Deshalb gibt es zu einem fortgesetzten deutschen und europäischen Engagement in der Krisenregion und zu einer engen amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit im Nahen Osten aus meiner Sicht keine sinnvolle Alternative.

Meine Damen und Herren, Deutschland hat ein historisch begründetes Sonderverhältnis zum Staat Israel, das sich gerade in schweren Zeiten in Solidarität bewähren muss und wird. Daran darf es keinen Zweifel geben. Deutschland steht zu seiner Verantwortung für das Existenzrecht Israels und die Sicherheit seiner Bürger. Ich habe neulich an anderer Stelle formuliert, dass diese Verantwortung keine Frage aktueller politischer Konstellationen ist, sondern ein Fundament, eine Konstante jeder deutschen Politik. Israel kann sich auf das demokratische Deutschland als Partner verlassen, heute und in Zukunft. Was die Sicherheit Israels anbelangt, kann es keine Äquidistanz geben.

Zugleich unterstützen wir nachdrücklich und mit großem Engagement das Recht der Palästinenser auf ein Leben in Würde, das Recht auf einen eigenen Staat. Darin sehen wir auch die beste Garantie für die dauerhafte Sicherheit Israels. Wir begrüßen die demokratischen Reformen wie auch Neuwahlen, die Präsident Yassir Arafat in diesen Tagen angekündigt hat, ebenso die Unterzeichnung des Gesetzes über die Justizreform, eine wichtige Bedingung für die Fortführung der Budgethilfe. Europa ist bereit, im Rahmen eines künftigen Friedensprozesses

„**Deutschland steht zu seiner Verantwortung für das Existenzrecht Israels und die Sicherheit seiner Bürger. Diese Verantwortung ist eine Konstante jeder deutschen Politik.**“

seinen substanziellen Beitrag zur Entwicklung eines demokratischen, eines pluralistischen Palästina zu leisten. Dieses Palästina hat ein großes demokratisches Potenzial. Dafür stehen nicht nur die heutigen palästinensischen Preisträger, sondern auch viele andere, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß. Gerade in der Perspektive des Weges zurück an den Verhandlungstisch ist die Stärkung demokratischer palästinensischer

Strukturen von großer Bedeutung. Ein dauerhafter Friede wird nur möglich sein, wenn in Jerusalem zwei demokratische Gesellschaften sich die Hand zur Versöhnung reichen.

„**Ein dauerhafter Friede wird nur möglich sein, wenn in Jerusalem zwei demokratische Gesellschaften sich die Hand zur Versöhnung reichen.**“

„We are each other's most important allies in the struggle for peace“ – „wir sind einander unsere stärksten Verbündeten im Ringen um den Frieden“: Dieses Bekenntnis der Mitglieder der Israelisch-Palästinensischen Koalition für den

Frieden beschreibt die Brücke, über die beide Parteien dieses tragischen Konflikts zu einem friedlichen Miteinander finden können und müssen – allen furchtbaren Rückschlägen, allen Frustrationen zum Trotz. Vergessen wir nicht: Der Frieden beginnt in den Köpfen. Er beginnt mit der Anerkennung und dem Respekt vor meinem Gegenüber. Diese Botschaft inmitten der Gewalt beharrlich zu wiederholen, ist das große Verdienst der heutigen Preisträger. Dafür gebührt ihnen unsere Anerkennung, unser Respekt, unsere Bewunderung – vor allem aber unsere tatkräftige Unterstützung, damit ihr Traum von einem friedlichen Nahen Osten Wirklichkeit wird.

Vielen Dank.

Redebeiträge der Preisträger

Dr. Yossi Beilin:

Herr Fischer, danke, dass Sie in dieser für unsere Region so schwierigen Zeit Außenminister Deutschlands sind. Herr Börner, herzlichen Dank für den Preis, den Sie uns verleihen.

Exzellenzen, meine Damen und Herren,
wir danken Ihnen herzlich und wissen es zu schätzen, dass man beschlossen hat, uns diesen sehr wichtigen Menschenrechtspreis zu verleihen. Besonders glücklich war ich zu hören, dass dieser Preis nicht unbedingt der erfolgreichen Leistung sondern den Anstrengungen gilt, die die Empfänger, die Preisträger machen. Und wir versprechen Ihnen, auf diesem Weg weiterzumachen und alles in unserer Macht Stehende zu unternehmen, um Frieden zu schaffen.

Wenn eines Tages die Geschichte des Friedensprozesses im Nahen Osten enthüllt und erzählt wird, wird dies nicht ohne Erwähnung der wichtigen Rolle, die die Friedrich-Ebert-Stiftung dabei gespielt hat, geschehen. Die Geschichte ist noch nicht er-



Yossi Beilin

zählt worden und viele ihrer Teile sind geheim. Ich glaube, dass uns auch in sehr, sehr schwierigen Zeiten immer bewusst war, dass wir der Stiftung vertrauen konnten, dass es nicht nur eine Stiftung war, die uns hier und da mit einigen Projekten unterstützte, sondern dass es um sehr viel mehr ging: dass es dabei in den letzten Jahren emotional und persönlich um Menschen wie Dr. Winfried Veit und viele andere ging, die unsere Probleme als die ihren ansahen und immer erreichbar waren, wenn wir sie brauchten.

Man fragt uns, was denn nun eigentlich diese Koalition für den Frieden ist. Die Frage wurde auch von Außenminister Ivanow gestellt, als mein Kollege Yasser Abed Rabbo und ich vor einigen Monaten in Moskau waren, es war damals Februar. An jenem Morgen war etwas sehr Merkwürdiges in der Region geschehen, das niemand glauben würde, wenn jemand es erfunden hätte – aber es war Realität. Zwei junge Mütter waren auf dem Weg zur Entbindung angeschossen worden – eine Israelin und eine Palästinenserin. Der Ehemann der palästinensischen Frau wurde getötet, die Schwangere selber wurde verletzt, die israelische Frau wurde verletzt, aber den Babies war



v.l.n.r.: Dani Levy, Ghassan Khatib, Samir Rantisi, Yael Tamir, Yossi Beilin,

nichts geschehen. An eben diesem Morgen trafen wir mit Ivanow zusammen und Yasser Abed Rabbo und ich sagten ihm: Herr Minister, uns geht es um Folgendes: wir versuchen, diese zwei Neugeborenen zu überzeugen, dass sie sich nicht auf ewig hassen müssen.

Aber wir wissen auch, wie leicht es ist zu hassen. Wie schwierig es sein würde, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Ein Kind wurde an dem Tag geboren, als sein Vater von den Israelis erschossen wurde, würde es mich nicht auf ewig hassen? Und umgekehrt? Das israelische Baby, das weiß, dass seine Mutter angeschossen wurde, nur weil sie ihm das Leben schenken wollte, wird es nicht die Palästinenser ewig hassen?

Es ist unsere Rolle, es ist unsere Aufgabe, es ist unsere Mission, alles Menschenmögliche zu tun, um ihnen zu sagen, dass sie Menschen sind; dass Rache der schlechteste Rat ist, den man ihnen geben kann; dass, wenn sich der Teufelskreis von Gewalt und Terrorismus und Rache weiter dreht, wir 100%ig Recht haben, 100%ig

„ Es ist unsere Rolle, es ist unsere Aufgabe, es ist unsere Mission, alles Menschenmögliche zu tun, um ihnen zu sagen, dass sie Menschen sind; dass Rache der schlechteste Rat ist, den man ihnen geben kann.“



Ghazi Hanania, Holger Börner, Joschka Fischer

Recht. Und immer wieder könnten wir zu Ihnen kommen und Sie zu überzeugen versuchen, dass die Israelis litten und dass sie ein Recht auf ihren eigenen Staat haben, dass sie den Holocaust durchgemacht und einen sehr hohen Preis gezahlt haben und dann waren hier die bösen Palästinenser, die es ihnen unmöglich machten. Und die Palästinenser könnten zu Ihnen kommen und ihre Geschichte erzählen: dass sie schon vorher da lebten, dass sie überhaupt nicht verantwortlich sind

„Aber wir haben alle Unrecht und wir zahlen einen enormen Preis; es braucht Menschen auf beiden Seiten, die sich die Hand reichen und sagen: es reicht.“

für etwas, was in Europa passierte, dass wir da herkamen und sie überfielen und ihnen ihr Land, ihre Häuser weggenommen haben und sie zu Flüchtlingen machten. Sie kennen das ja, wie in jeder griechischen Tragödie hat jede Seite 100%ig Recht. Aber wir haben alle Unrecht und wir zahlen einen enormen Preis; es braucht Menschen auf beiden Seiten, die sich die Hand reichen und

sagen: es reicht. Wir können miteinander reden, wir können zusammen Appelle veröffentlichen, wir können ein Beispiel geben, wir können schreien und heulen in den dunkelsten Stunden, wenn man keinen Schimmer Licht mehr sieht, und die Welt und Menschen wie Sie bei dieser Veranstaltung – wie Herrn Fischer und Andere – bitten, uns dabei zu helfen, da wir versuchen, eine bessere Welt zu schaffen – zunächst in unserer Region und dann auch woanders.

Wissen Sie, ich vermute, dass sie jetzt mich und meinen lieben Kollegen Ghazi Hanania anschauen und sich fragen: naja, freundliche gute Menschen, aber stehen sie für etwas? Stehen sie für irgendetwas Reales? Ist es nicht nur eine esoterische Veranstaltung? Nein!

Wir sind dem Frieden näher als je zuvor. Die allgemeine Einsicht, die übereinstimmende Meinung unter den Palästinensern, unter den Israelis, in der Welt im allgemeinen, in Deutschland, in anderen Ländern Europas, dass wir es irgendwie versucht haben, dass wir versagt haben, dass wir verdammt sind, ist 100% falsch. Glauben Sie mir. Wir standen kurz vor einem



Ghazi Hanania, Joschka Fischer

Abkommen. Wir kennen die Einzelheiten einer Lösung genau, selbst ohne Dr. Hanania zu fragen, kann ich Ihnen versichern, dass er und ich jedes Wort unterschreiben können, nicht im Grunde, nicht allgemein gesprochen, sondern jedes Wort, das Minister Joschka Fischer zum Ausdruck brachte. Das ist kein Zufall. Er hat sich sehr deutlich ausgedrückt. Er erklärte nicht nur, dass er Frieden will. Wir kennen die Lösung, die Lösung besteht in der saudi-arabischen Initiative, die eigentlich der Clinton-Plan ist und die wir alle kennen: zwei Staaten für zwei Völker auf der Grundlage der Grenzen von 1967, Sicherheit für Israel, eine erste Lösung für die Flüchtlinge. Habe ich etwas vergessen? Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten. Wir wissen das.

Hätte ich das vor zehn Jahren hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und woanders sagen können? Oder vor fünf Jahren? Heute ist es sehr klar. Und wenn wir es nicht schaffen, wenn es keinen Frieden gibt, trotz der eindeutigen Tatsache, dass wir die Lösung kennen, so liegt es nur daran, dass wir schon so nahe daran waren. Es liegt nur daran, dass wir den Augenblick der Wahrheit erlebten. Und es war so schmerzlich, so furchterregend, den Preis damals zu zahlen, sodass etwas Schreckliches passierte, es brachte die Erde zum Beben, aber dieses Erdbeben ist nicht unsere Zukunft. Es war eine riesige Katastrophe, eine große Krise auf dem Weg zum Frieden. Und

ich bin überzeugt, dass, wenn wir weitermachen, wenn wir wissen, was in naher Zukunft zu tun ist, durch eine internationale Konferenz, in einem Schritt, in zwei Schritten, dann kommt es bald auch zu einer endgültigen Lösung. Wir schaffen es und wir werden uns anstrengen, um Sie zu überraschen.

Man fragt uns: wo lief es schief? Und es werden viele Bücher, auch von uns, darüber geschrieben werden. War es das Massaker in Hebron durch Baruch Goldstein 1994? Waren es die darauf folgenden terroristischen Angriffe der Palästinenser? Waren es die drei Jahre unter Netanyahu, der alles in seiner Macht Stehende tat, um die Umsetzung des Osloer Prozesses zu verhindern? Waren es die Ausschreitungen der Palästinenser? Oder die Terrorakte der Palästinenser? War es Arafats Entscheidung, oder vielmehr fehlende Entscheidung, die Intifada zu beenden, als er sie beenden konnte? War es die Korruption? War es ein Besuch Scharons auf dem Tempelberg? Alles trifft irgendwie zu, auch die Fehler, die unser Premierminister Barak bei den Verhandlungen gemacht hat.

Wenn Sie aber meine Meinung hören wollen, war es ein herausragendes Ereignis, das die ganze Situation veränderte – und das war die Ermordung Premierminister Rabins.

Vielleicht ist es eher emotional als rational, aber ich tue mich schwer damit zu erklären, warum damit alles zu Ende war. Aber es hat uns in Israel, in den palästinensischen Gebieten, in der Welt irgendwie das Herz gebrochen. Es passierte etwas Schreckliches. Und es war hinterher sehr schwierig, einfach weiterzumachen. Wir haben so getan, als ob das Leben wie immer weiterging, aber es gelang uns nicht. Und ich weiß, dass es heute Menschen gibt, die Herrn Rabin zum zweiten Mal umbringen wollen. Beim ersten Mal waren wir ohnmächtig und konnten ihn nicht verteidigen. Aber wir werden es nicht zulassen, dass Herr Rabin ein zweites Mal umgebracht wird, indem man sein Vermächtnis außer Acht lässt: sein Vermächtnis ist Gleichheit und sein Vermächtnis ist eine endgültige Lösung zwischen Israel und den Palästinensern und allen seinen Nachbarn; wir schwören und wir versprechen, weiterzumachen und es in die Tat umzusetzen und den Auftrag zu Ende zu führen.

Ghazi Hanania:

Eure Exzellenz, Herr Außenminister, Herr Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, Herr Holger Börner, liebe Freunde, meine Damen und Herren,

erlauben Sie mir zunächst ein Wort des Dankes und der Würdigung von unserer Seite an den Außenminister und vor allem an die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihren Vorsitzenden und die wundervollen Vertreter der Stiftung in Palästina und in Israel.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Laufe der Jahre die Sache des Friedens im Nahen Osten großzügig unterstützt. Und es ist deshalb keine Überraschung, dass der diesjährige Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung wieder den Anstrengungen jener Palästinenser und Israelis gilt, die allen Schwierigkeiten und Widrigkeiten zum Trotz so hart für eine bessere Zukunft für die kommende Generation der Palästinenser und Israelis kämpfen. Deshalb möchte ich Ihnen nochmals im Namen der palästinensischen Friedenskoalition für die Verleihung dieses Preises danken.

Die letzten Monate waren schwierige und harte Zeiten für beide Völker, Palästinenser und Israelis. Jene, die an eine gerechte Lösung des Konflikts glauben, litten am meisten. Die



Ghazi Hanania

Stimmen der Vernunft und der Rationalität, die Stimmen jener, die den Weg des Friedens und der Gerechtigkeit gewählt haben, den Weg zur Beendigung der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete, sind verstummt, und stattdessen herrschen

„Die Szenen von Tod, Blutvergießen und Zerstörung haben leider die Hoffnung und den von palästinensischen wie israelischen Kindern erwarteten Frieden überlagert.“

die Stimmen der israelischen Panzer und Panzerspähwagen vor. Die Szenen von Tod, Blutvergießen und Zerstörung haben leider die Hoffnung und den von palästinensischen wie israelischen Kindern erwarteten Frieden überlagert. Und statt dem Frieden und der Gerechtigkeit näher zu kommen, stehen wir heute auf Grund der jüngsten aggressiven Militäraktion der gegenwärtigen israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk wieder da, wo wir angefangen haben und müssen die Hoffnung und das Vertrauen wieder aufbauen, von denen wir vor nicht allzu langer Zeit glaubten, dass wir sie schon erreicht und gefestigt hätten.

Glücklicherweise können die jüngsten Ereignisse, die der Sache des Friedens in der Region einen enormen Schaden zugefügt haben, diese gegebenen Realitäten nicht schmälern, Realitäten, die ohne eine Lösung den Konflikt jedoch weiter komplizieren und instabiler machen würden. Zunächst und vorrangig geht es bei diesen Realitäten um die zwingende Notwendigkeit, die militärische Besetzung der palästinensischen Gebiete durch die Israelis zu beenden – einer Besetzung, die an der Schwelle zum 21. Jahrhundert als die letzte und merkwürdigste militärische Besetzung übrig geblieben ist in unserer modernen Welt, die sich die Achtung der Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Nur das Ende der Besetzung und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als seiner Hauptstadt, eines wirklich souveränen palästinensischen demokratischen Staates auf der Grundlage von Demokratie, Transparenz und einem reformierten Regierungssystem, eines Staates, der nach der Lösung aller Probleme – wie den Problemen



Joschka Fischer, Holger Börner

der Siedlungen, der Flüchtlinge und der Grenzen – im Einklang mit den bekannten internationalen Resolutionen Seite an Seite mit dem israelischen Staat besteht – nur eine solche Lösung wird den Frieden und eine unbeschwerte Zukunft für unsere kommenden Generationen und auch die israelischen kommenden Generationen bringen.

Erlauben Sie mir auch ein paar persönliche Bemerkungen auf Deutsch.

Ich sehe in diesem Saal Leute, die vor 30 Jahren an derselben Universität hier in Deutschland studiert haben. Sie waren alle Kollegen, und diese Leute waren politisch sehr, sehr aktiv und sie haben schon damals alle Friedensinitiativen überall auf dieser Welt unterstützt. Einer von diesen sehr aktiven damaligen Studenten war Joschka Fischer. Wir haben alle in Frankfurt studiert, damals gab es sehr viele Studentengruppierungen, da war der SDS, da war die Palästinensische Studenten-Union, auch aber andere. Und heute, wo wir uns nach so einer langen Zeit wieder treffen, ist einer Außenminister, der andere ist Preisträger. Das finde ich wirklich sehr schön. Finden Sie nicht auch? Vielen Dank.

Frau Prof. Yael Tamir:

Meine Damen und Herren. Herzlichen Dank für diese wirklich bewegende Feier, vielen Dank auch an die Friedrich-Ebert-Stiftung für all ihre Hilfe. Ich werde mich kurzfassen und muss mich entschuldigen, da ich in 5 Minuten nach Portugal weiterreise, aber ich wollte unbedingt auf die ermutigenden Worte meiner Freunde und die sehr hilfreiche Rede von Minister Fischer reagieren.

Herr Minister Fischer, sie bemerkten, dass die Pianisten ein gutes Beispiel gegeben hätten. Und ich dachte bei mir, vielleicht können Israelis und Palästinenser nur so wunderschön zusammen spielen, wenn die Europäer die Musik dazu geschrieben haben. Es liegt also jetzt bei Ihnen, es Mozart nachzutun und uns den richtigen Ton vorzugeben – ich bin sicher, wir spielen als Duo und sie bringen das Quartett und alles ist in Ordnung.

Es ist für uns alle sehr wichtig zu erkennen, dass wir nicht eine kleine Minderheit im Nahen Osten sind. Ich bin überzeugt, die Menschen im Nahen Osten wollen Frieden. Sie wollen zu-





Yael Tamir

sammen leben und wir sind hier, um zu schauen, wie man das erreichen kann. Für uns als Koalition für den Frieden stellt sich die Aufgabe, ihnen immer wieder zu sagen, dass es Wege gibt, dass wir Vertrauen schaffen können und dass unsere Freunde, die Palästinenser, sehr vernünftig sind und dass wir uns zusammensetzen und trotz unterschiedlicher Meinungen zu einer Lösung kommen können, die beiden Seiten gerecht wird. Hierbei geht es nicht mehr um ein Nullsummenspiel. Wir suchen eine Lösung, bei der beide Seiten gewinnen – und gewinnen bedeutet für uns nicht nur Frieden, nicht nur Sicherheit, sondern auch wirtschaftlichen Wohlstand auf beiden Seiten. Das wirtschaftliche Elend ist inzwischen sowohl auf der palästinensischen wie auf der israelischen Seite enorm und sollte gewiss bei jedem Schritt nach vorne – mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft – berücksichtigt werden. Wir wollen eine bessere Zukunft für unsere Menschen schaffen, wir wollen sicherstellen, dass sie ihre Kinder in einer wirklich friedvollen und prosperierenden Welt aufwachsen lassen können. Und wir sind sicher, dieses Ziel mit Ihrer Hilfe erreichen zu können.

Also vielen Dank für den Preis, vielen Dank für Ihre unermüdliche Unterstützung. Und wir werden weiterkämpfen und Ihre Unterstützung und Partnerschaft suchen, bis wir den ersehnten Augenblick des Friedens erreicht haben. Vielen Dank.



Jossi Beilin, Joschka Fischer



Saleem Abboud Ashkar, Shai Wosner

Teilnehmerliste

Delegation der Israelisch-Palästinensische Koalition
für den Frieden IPPC

Israel:

Dr. Yossi Beilin

ehem. Justizminister

Dani Levy

Economic Cooperation Foundation

Prof. Yael Tamir

Leiterin des Rabin Centers for Israel Studies

Gründungsmitglied von Peace Now, Israel

Palästinensische Gebiete:

Ghazi Hanania

Stellv. Präsident des Palästinensischen Legislativrates

Ghassan Khatib

Direktor des Jerusalem Media and Communication Center

Samir Rantisi

Berater des Informationsministers

Pianisten:

Saleem Abboud Ashkar

Palästina, derzeit Berlin

Shai Wosner

Israel, derzeit New York



Rantisi, Andrä Gärber (FES), Hanania



Mokka aus Palästina

Wir brauchen eine neue Chance

Israelische und palästinensische Friedensfreunde suchen im Gespräch gemeinsam nach Lösungen im eskalierenden Nahost-Konflikt

Frankfurter Rundschau, 27.5.2002

Vertreter der israelisch-palästinensischen „Koalition für den Frieden“ (IPPC) haben in Berlin den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung entgegengenommen und sind bei ihrer Berlin-Visite auch mit führenden deutschen Politikern (darunter Außenminister und Bundespräsident) zusammengetroffen. In einer Gesprächsrunde mit dem außenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Gert Weisskirchen, und dem Berliner FR-Korrespondenten Richard Meng beschreiben die IPPC-Vertreter ihre Sicht der Chancen zu einem neuen Friedensprozess – und mahnen, keine Zeit zu verlieren, sondern die alten Führungsfiguren Sharon und Arafat unter neuen Erwartungsdruck zu setzen.

Die Gesprächsteilnehmer sind: Yossi Beilin, ehemaliger Justizminister in der Regierung Barak, Vertreter des linken Flügels in der Arbeitspartei, Ghassan Khatib, Direktor des Jerusalem Media and Communication Center, Delegationsmitglied der Palästinenser bei der Nahost-Konferenz in Madrid 1991, Yael Tamir, Leiterin des Rabin-Centers und Gründungsmitglied von Peace Now, Ghazi Hanania, stellvertretender Parlamentspräsident unter Arafat.

Frankfurter Rundschau: Können die heutigen Spitzenpolitiker auf palästinensischer und israelischer Seite wirklich noch einen neuen Friedensprozess anstoßen?

Ghassan Khatib: Es ist schwer, in einem Atemzug über die Spitzenpolitiker auf beiden Seiten zu sprechen. Da gibt es Ähnlichkeiten, aber auch sehr starke Unterschiede. Die heutige Führung der Palästinenser ist immer noch dieselbe, die einst den Friedensprozess angestoßen hatte, die ihn zusammen mit der damaligen israelischen Führung möglich machte. Sie hat es in einem 20 Jahre langen Prozess erreicht, dass eine Mehrheit der Palästinenser das Existenzrecht Israels anerkennt, wenn die Besetzung palästinensischen Landes beendet wird. Die heutige israelische Führung dagegen war damals gegen diesen Friedensprozess. Die politische Strategie und der ideologische Standpunkt des

heutigen Premierministers sind völlig unvereinbar mit der geistigen Basis dieses Prozesses. Deshalb sage ich: Diese israelische Regierung kann keinen neuen Friedensprozess voranbringen. Die palästinensische Seite kann das und wird es auch.

Yossi Beilin: Auf beiden Seiten glaubt das Volk inzwischen ja, die jeweils andere sei nicht bereit zum Frieden. Ich fürchte, das kann die Hoffnung auf Frieden ganz begraben. Ich glaube jedenfalls, dass wir nicht mehr viel Zeit haben. Vor allem werden wir nicht auf eine bessere Führung auf einer oder vielleicht beiden Seiten warten können. Viele Völker hätten eine bessere Führung verdient als die, die sie gerade haben – aber was hilft das? Die Kunst der Politik ist es doch, die vorhandenen Chancen zu nutzen und nicht auf den nächsten Krieg zu warten. Das gilt für beide Seiten. Wir brauchen jetzt sehr schnell wieder den Anstoß durch eine internationale Konferenz, etwa wie schon 1991 in Madrid, um in ernsthafte Verhandlungen zu kommen. Ich glaube an Verhandlungen und ich glaube, dass sie eines Tages wieder aufgenommen werden.

Yael Tamir: Vielleicht haben wir zur Zeit sogar eine einzigartige Chance. Denn jetzt sind nicht nur beide Seiten an Verhandlungen interessiert, sondern es scheint in diese Richtung auch Bewegung in der arabischen Welt um uns herum zu geben. Das bedeutet, dass nicht nur ein umfassendes Friedensabkommen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts möglich ist, sondern eine wirkliche Normalisierung der ganzen Region. Solange die Regierung Scharon die Friedensangebote der arabischen Welt immer wieder ignoriert, verspielt sie Chancen, die ganze Region des Nahen Ostens zu normalisieren.

Gert Weisskirchen: Bedeutet das nicht doch, dass die heute auf beiden Seiten Verantwortlichen eine neue Vereinbarung nicht erreichen werden?

Khatib: Warum sprechen Sie immer wieder von den beiden Führungen in einem Atemzug? Vielleicht sind sie doch wirklich verschieden...

Frankfurter Rundschau: Das ist bei der israelischen Friedensbewegung aber nicht ganz so klar ...

Beilin: Natürlich würde ich unsere Regierung gerne auswechseln, und natürlich verdienen wir einen anderen Premier als Herrn Scharon. Aber das entschuldigt uns nicht. Allein Scharon in der Pflicht zu sehen, Frieden zu machen, wäre der größte Fehler jeder Friedensbewegung. Unsere Aufgabe ist es doch, in Israel das Nachdenken über den israeli-

schen Anteil an einer Friedenskoalition anzustoßen. Und Druck auf die Regierung zu machen, damit sie endlich verhandeln und zum Beispiel dem Vorstoß der arabischen Liga folgen, die Idee einer internationalen Konferenz zu unterstützen und einen Palästinenserstaat zu akzeptieren. Auch wenn ich nicht glaube, dass Scharon einen Friedensprozess so weit wie möglich unterstützt, so lebt er doch in dieser Welt: Er kennt die öffentliche Meinung, und er liest die Meinungsumfragen.

Frankfurter Rundschau: Wie stark ist Ihre Friedensbewegung?

Tamir: Die Antwort hängt sehr davon ab, wie man die Dinge sieht. Fragt man nach den Inhalten eines Abkommens, dann haben wir heute eine Mehrheit im Land. Das ist der interessante Punkt. Niemals war die Unterstützung eines palästinensischen Staates, des Rückzugs aus den besetzten Gebieten, von Zugeständnissen in der Jerusalem-Frage und des Abschlusses eines Abkommens mit den Palästinensern – abgesehen von den Ta-gen von Camp David – in der israelischen Öffentlichkeit höher als jetzt. Das Problem ist weniger, wie eine Vereinbarung am Ende aussehen könnte, sondern wie man dorthin kommt. Denn es gibt einen tiefen Vertrauensbruch zwischen Israel und den Palästinensern. Yassir Arafat ist dämonisiert worden, und die allgemeine Meinung ist, dass es niemanden gibt, mit dem man sprechen könnte. Deshalb befürworten viele Israelis unilaterale Schritte. Folglich ist die wichtigste Herausforderung für die Friedenskoalition: zu beweisen, dass es Gesprächspartner gibt.

Beilin: Es gibt übrigens Zahlen. 50 Prozent der Israelis sagen, sie neigen eher zur politischen Rechten. 30 Prozent sagen, sie seien eher Linke. 20 Prozent bezeichnen sich als Zentralisten. Das ist eine Augenblicksaufnahme, und es ändert sich sehr schnell...

Tamir: aber sogar von den Rechten sind jetzt mehr als 45 Prozent für einen Palästinenserstaat. Die Likud-Führung ist da eine Minderheit innerhalb der Rechten.

Frankfurter Rundschau: Bräuchte Israel nicht doch jemanden mit moralischer Autorität, der in solchen Fragen für die Mehrheit im Volk sprechen könnte ...

Beilin: Sprechen, wozu?

Frankfurter Rundschau: und deutlicher machen würde, dass ein neuer Friedensprozess nötig ist, während Scharon nur Zeit gewinnen will?

Beilin: Kein Zweifel, Scharon will Zeit gewinnen. Es ist eine Schande, dass meine Partei Teil dieser Scharon-Koalition geblieben ist. Denn dadurch gibt es nun keine seriöse, klare Alternative zu ihm. Trotzdem glaube ich, dass es jetzt die Aufgabe derer ist, die in der arabischen Welt, in Palästina und in Israel an den Frieden glauben, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um für eine Atmosphäre zu sorgen, die zum Frieden führen könnte. Scharon wird ganz sicher nicht Frieden offensiv anstreben, er wird nach Ausreden suchen. Aber das bedeutet nicht, dass er nicht durch die richtige Atmosphäre im Land stärker zu Verhandlungen gedrängt werden könnte, die dann Ergebnisse haben können – in seiner Regierungszeit oder erst in der der Nachfolger.

Weisskirchen: Wenn dafür genug Kraft da wäre: Welche Rolle sollte die internationale Gemeinschaft spielen, das „Quartett“ zum Beispiel aus USA, EU, Russland und Vereinte Nationen?

Ghazi Hanania: Die Region ist für den Frieden, soweit ich es sehe, aber nicht die israelische Regierung. Und mit jeder kommenden palästinensischen Führung wird es auch wieder schwieriger werden ...

Frankfurter Rundschau: ... Sie meinen in der Nach-Arafat-Zeit?

Hanania: Ja. Deshalb darf die internationale Gemeinschaft nicht passiv sein. Sie muss mehr Druck auf beide Seiten ausüben, damit sie an den Verhandlungstisch zurückkehren. Dann werden wir sehen, ob Scharon bereit ist zum Frieden oder nicht. Ob Arafat bereit ist oder nicht. Sonst wird immer nur weiter geredet und geredet werden.

Frankfurter Rundschau: Glauben Sie, dass Arafat wirklich freie Wahlen nach unzweifelhaft demokratischen Prinzipien abhält?

Hanania: Er muss. Was verstehen wir denn unter Reformen innerhalb der Palästinensergebiete? Sie müssen tiefgreifend sein. Nicht weil Deutschland oder andere Länder das wollen, sondern weil wir Palästinenser das wollen und weil wir daran schon arbeiten.

Frankfurter Rundschau: Sollte es da auch die Chance geben, Arafat abzuwählen?

Khatib: Wenn er antritt, wird er auch gegen andere Parteien gewinnen. Wir müssen da zweierlei unterscheiden. Es gibt einige Kritik daran, wie er die palästinensischen Behörden führt, und es wird viel diskutiert über seine Managementschwäche im neuen Rechtsstaatsprozess, von der Korruption ganz zu schweigen. Diesbezüglich gibt es viel Kritik an ihm. Aber seine politischen Positionen im Konflikt mit Israel sind trotz-

dem ungeheuer populär. Wenn es eine Abstimmung über seine Verhandlungspositionen gegenüber Israel wird, werden 80 Prozent der Palästinenser sagen, dass er genau das vertritt, was sie wollen. Wahlen werden ihn stärken. Und Arafat repräsentiert die moderateste aller vertretenen Positionen. Jede Alternative zu ihm wäre weniger flexibel.

Weisskirchen: In Europa glaubt man bisher, das nur kleine Minderheiten der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft Ihre Positionen unterstützen. Welche Zukunft hat Ihre Friedenskoalition?

Beilin: Zweifellos sind wir als Bewegung eine Minderheit – aber keine marginale. Sie sprechen mit einem ehemaligen Minister. Manche von uns haben auch jetzt im Parlament noch eine wichtige Rolle. Wir sind wichtig, und es scheint auch, dass wir international von den Teilen der öffentlichen Meinung unterstützt werden, die heute noch zu Israel steht. Paradoxerweise ist es unser Hauptproblem, die eigene Wählerschaft zu überzeugen, wie wir zu einer Friedenslösung gelangen. Und ich glaube, auch im Namen der Palästinenser sprechen zu können, wenn ich sage: Wir haben unsere Wählerschaft noch nicht überzeugt, dass die jeweils andere Seite bereit ist zum Frieden und dass es einen realistischen Weg dorthin gibt, weil die Menschen noch zu sehr von Verzweiflung beherrscht werden.

Tamir: Das größte Problem ist natürlich der Terrorismus, sind die Selbstmordanschläge. Es ist sehr schwer, die Leute unter solchen Bedingungen zur Unterstützung zu bewegen und sie davon zu überzeugen, dass sie logisch denken sollten ...

Frankfurter Rundschau: ... und politischer Druck von außen würde dabei helfen?

Tamir: Mehr als Druck brauchen wir eine neue Chance. Die Chance, dass beide Seiten erkennen, was sie mit dem Frieden gewinnen würden. Für Israel gilt ja, dass mindestens unterschwellig auch eine verschärfte ökonomische Krise erkennbar wird – und für die Palästinenser gilt das sowieso. Ich glaube, das größte Versagen liegt darin, dass die wirtschaftliche Botschaft fehlt, eine Botschaft von Wohlstand. Misstrauen auf politischer Ebene und mangelnde Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung kommen zusammen. Das ist es, was den Weg zum Frieden so erschwert.

* * *

Gemeinsam für Frieden in Nahost

Mutiges israelisch-palästinensisches Bündnis in Berlin ausgezeichnet

Manfred Pantförder, Berliner Morgenpost, 18.5.2002

Israelische und palästinensische Politiker an einem Tisch. Sie sprechen miteinander über einen Ausweg aus der Nahost-Krise. In Berlin. Was in der angespannten Atmosphäre im Konfliktgebiet zwischen Mittelmeer und Jordan derzeit kaum vorstellbar ist, entwickelt sich auf deutschem Boden zu einem mutigen Werbezug für den Frieden.

„Wir haben keine Zeit für Zwischenlösungen“, sagt Yossi Beilin. Der frühere israelische Justizminister und einer der Architekten des Osloer Friedensabkommens von 1993 plädiert für rasche Verhandlungen mit den Palästinensern über ein endgültiges Abkommen. „Wir kennen die Lösung“, so der erfahrene Friedens-Unterhändler. Zwei Staaten, mit den Grenzen von 1967, Jerusalem als Hauptstadt für beide Seiten, Sicherheit für Israel, eine faire Lösung für palästinensische Flüchtlinge, fasst der Spitzenpolitiker knapp zusammen.

Gemeinsam mit dem stellvertretenden palästinensischen Parlamentspräsidenten, Ghazi Hanania, und weiteren Politikern beider Lager wurde Beilin gestern in Berlin mit dem Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgezeichnet. Im vergangenen Jahr ging der Preis an die serbische Studentenbewegung Otpor, die maßgeblich zum Sturz des autokratischen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic beitrug.

Bundesaußenminister Joschka Fischer würdigte bei der Preisverleihung gestern den Einsatz der ungewöhnlichen israelisch-palästinensischen Friedenskoalition. Er sprach sich dabei erneut für eine internationale Konferenz zur Beilegung des Konfliktes aus. Eine solche Konferenz ins Leben zu rufen, sei Ziel seiner Reise, die ihn Ende Mai ins Krisengebiet führt. Angesichts des täglichen Leids und der sinnlosen Opfer brauche es viel Mut, um die „breiten Gräben“ zwischen Israelis und Palästinensern zu überwinden, sagte Fischer.

Die Friedenskoalition wurde im Januar gegründet. Die Gruppe traf sich jedoch schon früher: öffentlichkeitswirksam am Kontrollpunkt zwischen Jerusalem und dem autonomen Ramallah im Mai des vergangenen Jahres. Dies war ein erstes Friedenssignal nach Beginn des palästinensischen Aufstandes Ende September 2000. „Unsere Arbeit ist

es, für Hoffnung zu sorgen“, sagt Beilin. Nach längerer Apathie meldete sich dann auch die israelische Friedensbewegung mit einer großen Demonstration vor wenigen Tagen zurück. Dies sieht Yael Tamir, frühere Mi-nisterin für Einwanderer, als Erfolg der mühsamen Aufklärungsarbeit in der eigenen Gesellschaft.

Bei aller betonten Gemeinsamkeit offenbaren sich in der heterogenen Koalition auch unterschiedliche Betrachtungsweisen. Auf israelischer Seite wird deutlich, dass es Beilin und seinen Mitstreitern auch stark darum geht, im eigenen Staat für den Ausgleich werben zu müssen. Sogar in der eigenen Partei. Beilin verurteilt scharf, dass seine Arbeitspartei in der Regierung von Premier Ariel Scharon sitzt. Unverhohlen kündigt der prominente Weggefährte eines Itzhak Rabin, Ehud Barak und Schimon Peres an, die sozialdemokratische Partei zu verlassen, wenn deren derzeitiger Vorsitzender, Verteidigungsminister Benjamin Ben-Elieser, weiter im Amt bleiben sollte. Auf palästinensischer Seite wird ein solcher Riss im Inneren nicht sichtbar. Hanania und Samir Rantisi, Berater des palästinensischen Informationsministers, nennen als Voraussetzung für Frieden ein Ende der israelischen Besatzung. Diese Bedingung ist der Kernpunkt – und politisch eine Hürde. [...]

* * *

Mit Mozart auf dem Weg zum Frieden

taz die tageszeitung, Pfingsten 2002

Mit Mozart auf dem Weg zum Frieden

Friedrich-Ebert-Stiftung würdigt die Arbeit von israelisch-palästinensischer Friedensgruppe mit Menschenrechtspreis

BERLIN taz ■ Ein bisschen politische Wahrheit lag gestern bei der Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung selbst in den Witzern: „Ich liebe Mozart, vor allem dann, wenn ein israelischer Pianist ihn gemeinsam spielen“, bekannte Außenminister Joschka Fischer (Grüne), der nach einer Sonate für zwei Klaviere die Laudatio auf die Preisträger hielt. „Also kommen Sie in den Nahen Osten“, konterte daraufhin Yael Tamir, Gründungsmitglied der israelischen Friedensinitiative „Peace Now“ und eine der Preisträgerinnen, „denn vielleicht können Israelis und Palastinenser nur zu-

sammen spielen, wenn Europäer die Noten dazu schreiben.“

Mit dem mit 10.000 Euro dotierten Preis wurde gestern die „Israelisch-Palästinensische Friedenskoalition“ (IPPC) ausgezeichnet, ein Zusammenschluss

von israelischen und palästinensischen Politikern, Intellektuellen, Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Künstlern, darunter der ehemalige israelische Verteidigungsminister Jossi Beilin und der palästinensi-

sche Chefunterhändler Saeb Erekat. Die Gruppe ist seit Mai des vergangenen Jahres aktiv. Sie setzt sich mit öffentlichen Aktionen und Demonstrationen für eine „Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen von 1967 und Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt ein.“

„Wir wollen mit dem Preis nicht unbedingt den spektakulären Erfolg, sondern vielmehr die mühsame und engagierte Arbeit in dieser bitteren Zeit würdigen“, in dieser Bitteren Zeit würdigen“, sagte Holger Börner, der Vorsitzende der SPD-nahen Ebert-Stiftung. Nur gegenseitiges Verständnis und Dialog könnten zu einer konstruktiven Lösung in diesem Konflikt führen. Sowohl

israelische wie palästinensische Vertreter der Delegation machten deutlich, dass sie weiter an den Frieden glauben, auch wenn es „heute schwieriger als noch vor zwei, drei Jahren“ sei. Jossi Beilin betonte, dass jetzt keine Zeit mehr für Zwischenlösungen wie eine erneute palästinensische Interimsregierung sei. Die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israel und Palastinensern sei notwendig.

Auch Fischer sprach sich klar für eine internationale Konferenz zur Beilegung des Konfliktes aus. Seine Reise in die Krisenregion am Ende des Monats diene dazu, eine solche Konferenz ins Leben zu rufen, auf der beide Seiten das Existenzrecht des anderen anerkennen und sich zu einem Ende der Gewalt verpflichten müssten.

SUSANNE AMANN

„Ohne Hoffnung kann man nichts ändern“

Interview mit Israels Exminister Yossi Beilin

Neues Deutschland, 18.5.2002

Gestern erhielt die Israelisch-Palästinensische Koalition für den Frieden (IPPC) den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Jahr 2002. Zur IPPC gehören israelische und palästinensische Politiker, Akademiker, Vertreter von regierungsunabhängigen Organisationen. Darunter sind der frühere Justizminister Yossi Beilin und der palästinensische Kultur- und Informationsminister Yasser Abed Rabbo. ND sprach aus diesem Anlass mit Yossi Beilin.

Neues Deutschland: Sie sind einer der Träger des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung. Wie beurteilen Sie anhand der aktuellen Lage die Friedensperspektiven im Nahost-Konflikt?

Beilin: Die Situation ist im Moment ohne Zweifel schwieriger als vor zwei oder fünf Jahren. Wir von der Friedenskoalition konnten nach Monaten nun erstmals wieder miteinander sprechen – in Deutschland. In Israel war das zuletzt kaum mehr möglich. Trotzdem bin ich nicht grundsätzlich pessimistisch. Es hat sich im Nahen Osten immer wieder gezeigt, dass es um so schwieriger wird, je näher man sich an den Verhandlungstischen gekommen ist. Eigentlich liegt die Lösung ja auf dem Tisch: Israels Rückzug auf die Grenzen von 1967, Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten etc. Vor den Verhandlungen in Madrid 1991 gab es nicht einmal eine Übereinkunft über die Ziele. Jetzt gibt es diese, nur der Weg zur Umsetzung ist eben steinig.

Woran liegt dies vor allem?

Beide Seiten fühlen sich zu 100 Prozent im Recht in Bezug auf ihr derzeitiges Handeln. Die Palästinenser rechtfertigen ihre Gewalt mit der Besatzung und Israel seine militärischen Vergeltungsaktionen mit den Terroranschlägen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

Was können Sie als Friedenskoalition dazu beitragen?

Ohne Hoffnung kann man nichts ändern. Wir als Friedenskoalition versuchen deswegen, Hoffnung zu stiften. Wir versuchen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es einen Friedenspartner gibt und ein Friedensprogramm wie den Clinton-Plan, den Saudi-Plan, die es umzu-

setzen gilt. Es geht uns vor allem darum, die schweigende Mehrheit dafür zu gewinnen.

Halten Sie es für denkbar, dass die Entscheidung des Likud, einen palästinensischen Staat abzulehnen, einen bedeutenden Stimmungswandel in der israelischen öffentlichen Meinung erzeugt?

Die Entscheidung wird keinen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben. Jeder in Israel weiß, dass es früher oder später einen palästinensischen Staat geben wird. Keiner nimmt die Likud-Entscheidung für bare Münze – das war ein völlig anachronistischer Beschluss. Zumal sich zeigt, dass Scharon ihn weitgehend zu ignorieren gedenkt.

Und bei den nächsten Wahlen? Ist nicht eine Stärkung der Arbeitspartei zu erwarten, die ähnlich wie in Meinungsumfragen die Mehrheit der Israelis eine Zwei-Staaten-Lösung propagiert?

Sie mögen Recht haben, aber nur dann, wenn die Öffentlichkeit die Arbeitspartei wirklich als Alternative zu Likud sähe. Solange die Arbeitspartei Teil der Regierung ist, wird es sehr schwierig sein, der Bevölkerung zu vermitteln, dass sie eine alternative Option darstellt.

Damit stellt sich automatisch die Frage nach einem Koalitionsaustritt. Steht er unmittelbar bevor?

Ich habe dafür im Januar dieses Jahres im Zentralkomitee plädiert. Ich bin gescheitert. Eine große Mehrheit sprach sich für einen Verbleib in der Koalition aus. Ich habe angekündigt, dass ich aus der Partei austrete, wenn wir mit dem jetzigen Parteichef, Benjamin Ben-Elieser, als Ministerpräsidentenkandidat in den nächsten Wahlkampf ziehen. Ich werde nicht der einzige sein. Der Arbeitspartei drohte dann die Spaltung.

Für wie realistisch halten Sie es, dass ein Wandel in der derzeitigen Regierungspolitik möglich ist?

Ich bin da nicht völlig pessimistisch. Nicht weil Scharon wirklich will, aber der Druck auf ihn wächst. Die Überlegungen über eine internationale Konferenz, seine Aussage und die des USA-Präsidenten Bush, dass es einen palästinensischen Staat geben wird, sind dafür erste ermutigende Anzeichen. Scharons Aussage ist ein Sieg für die Friedensbewegung. Nicht weil es seine Überzeugung ist, seine Äußerung war rein taktisch. Aber sie widerspiegelt sein Gespür dafür, dass die Stimmung im Land für eine Zwei-Staaten-Lösung wächst. Das zeigt nicht zuletzt die große Friedensdemonstration letztes Wochenende in Tel Aviv, die ohne Unter-

stützung der sich als Friedenspartei betrachtenden Arbeitspartei organisiert wurde und Hunderttausend Menschen auf die Beine brachte. Dasselbe gilt für Arafats Ankündigung, die Autonomiebehörde zu demokratisieren. Ich kann nicht beurteilen, wie ernst es ihm damit ist. Aber der Zeitpunkt der Rede zeigt ebenfalls, dass er unter Druck steht, eine Friedenslösung für das palästinensische Volk zu erreichen. Und auf den Druck auf beide Seiten kommt es an. Sagt man, es ist unmöglich, Frieden zu erreichen, macht man es den Politikern beider Seiten zu leicht.

Aber mit einer anderen Regierung wären die Chancen auf Frieden größer?

Natürlich wären die Friedensperspektiven bei einer Friedensregierung größer. Aber darauf können wir nicht warten. Unsere Rolle kann nicht sein zu schlafen, bis eine neue Regierung an die Macht kommt. Es geht vielmehr darum, eine Atmosphäre in Israel zu schaffen, die jede Regierung dazu zwingt, sich für eine Friedenslösung einzusetzen.

Fragen: Martin Lang